



---

---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

62. Sitzung (öffentlich)

18. November 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** setzt der Ausschuss den ursprünglichen Punkt 5 "Entbürokratisierung: Straßenverkehrsämter entlasten, Zulassungsverfahren kundenfreundlich den technischen Überwachungsvereinen übertragen" von der Tagesordnung ab. 1

**1 Achstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achstes Besoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndL-BesG)** 2

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/5958  
Vorlage 13/3029  
Zuschriften 13/4380, 13/4382 Neudruck

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 2 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulgesetz öffentlicher Dienst - FHGöD) und zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)** 3

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6168

Der Ausschuss kommt überein, am 20. Januar vormittags eine Anhörung durchzuführen und am 17. Februar 2005 über diesen Gesetzentwurf abschließend zu beraten.

- 3 **Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)** 4

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS )DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5952

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4692  
Vorlagen 13/2528, 13/3063, 13/3066  
Zuschriften 13/3621, 13/3644, 13/3878, 13/4407, 13/4431, 13/4432

Der Ausschuss verständigt sich darauf, am 2. Dezember 2004 abschließend über diesen Gesetzentwurf zu beraten.

**4 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren 5**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5945

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

**5 Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW 8**

Vorlage 13/3041

1. Evaluierungsbericht

Auf die Bitte von Monika Düker (GRÜNE) hin setzt der Ausschuss die Behandlung des Punktes von der Tagesordnung ab.

**6 Schießübungsmöglichkeiten der Polizei (s. Express vom 18.10.04) 9**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

**7 Petition 13/2784 10**

Vorlage 13/2532

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministers entgegen und führt darüber eine Aussprache.

\*\*\*\*\*



Gewalt und Gewalt bzw. Vernachlässigung gegenüber älteren Menschen, hier: Modelle auf europäischer Ebene, unspezifisches Nottelefon - Modell Gelsenkirchen -, Kenntnisverbesserung - Beispiel Köln - bezüglich älterer Menschen als Opfer von Gewalt - Zeitspanne zwischen Dunkelfeld und bekannt werden -. Ein weiterer Punkt sei das Projekt Essen-Katernberg gewesen - Schulen mit hohem Ausländeranteil -, hier: Motivation der Lehrer sowie Vermittlung mit anderen Jugendeinrichtungen, Kooperation mit der Wirtschaft mit dem Ziel Integration. Darüber hinaus sei das Thema Aussiedler - Orte mit bis zu 80 % Aussiedleranteil an der Einwohnerzahl - behandelt worden, hier: Unterprojekt: Integration von jungen Haftentlassenen - Aussiedler/Ausländer -.

Auch die Arbeit des Landespräventionsrats, seiner Geschäftsstelle, die finanzielle Ausstattung sowie Möglichkeiten der Evaluation und Qualitätssicherung seien thematisiert worden. Einigkeit habe fraktionsübergreifend hinsichtlich der Notwendigkeit, die Präventionsarbeit zu unterstützen und auf kommunale Ebene bei kriminalpräventiven Räten und den Verwaltungschefs für die Mitarbeit zu werben, bestanden.

Er werde die oben genannten Anträge nach Eingang der noch ausstehenden Berichte erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bezüglich der heutigen Sitzung weise er darauf hin, dass sich Innenminister Dr. Fritz Behrens und Staatssekretär Hans Krings entschuldigt hätten, da sie an der Innenministerkonferenz teilnahmen. Sie vertreten werde Herr MDgt Dr. Möller.

## **1 Achstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achstes Besoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/5958  
Vorlage 13/3029  
Zuschriften 13/4380, 13/4382 Neudruck

- Abschließende (Mit)Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Klaus Stallmann** teilt mit, man sei hinsichtlich der vorgestern veranstalteten Anhörung von Sachverständigen vor dem Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses so verblieben, dass einige Mitglieder des Innenausschusses daran teilnehmen und über das Ergebnis in ihrem Arbeitskreis berichten sollten.

**Jürgen Jentsch (SPD)** gibt an, dass seine Fraktion dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen werde. Etwaige Änderungsanträge seiner Fraktion würden im federführenden Ausschuss eingebracht werden. - **Monika Düker (GRÜNE)** schließt sich dem an.

**Holger Ellerbrock (FDP)** kündigt an, dass seine Fraktion im federführenden Ausschuss einen Änderungsantrag einbringen werde, und zwar dahingehend, dass man die Leistungskomponente W3 gesichert haben wolle.

**Theo Kruse (CDU)** bemerkt, dass auch seine Fraktion Änderungsanträge im federführenden Ausschuss einbringen werde.

Auf eine Bemerkung des **Vorsitzenden Klaus Stallmann** lässt **Jürgen Jentsch (SPD)** wissen, dass seine Fraktion über den Gesetzentwurf abstimmen lassen wolle.

**Monika Düker (GRÜNE)** sagt, vor dem Hintergrund der Beratungen in der Föderalismuskommission werde man sicherlich in absehbarer Zeit Dienstrechtsänderungen vornehmen müssen, sodass Ihrer Meinung nach der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung eine Art Vorreiterrolle spiele, inwieweit Leistungselemente in die Strukturen implementiert werden könnten. Insofern plädiere auch sie dafür, über den Gesetzentwurf abzustimmen.

**Theo Kruse (CDU)** ist der Auffassung, dass es immer schwieriger werden werde, vernünftiges Personal für die Hochschulen zu gewinnen. Dies werde auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht gelingen können. Es mache jedoch keinen Sinn, über den Gesetzentwurf heute abzustimmen vor dem Hintergrund, dass alle Fraktionen im federführenden Ausschuss noch Änderungseinträge einbringen wollten. Sollte abgestimmt werden, werde seine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.

## 2 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulgesetz öffentlicher Dienst - FHGöD) und zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6168

- Festlegung des Beratungsverfahrens

**Vorsitzender Klaus Stallmann** teilt mit, der Gesetzentwurf sei in erster Lesung vor einer Woche beraten und dann an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Haushalts- und Finanz-